

## Leitartikel



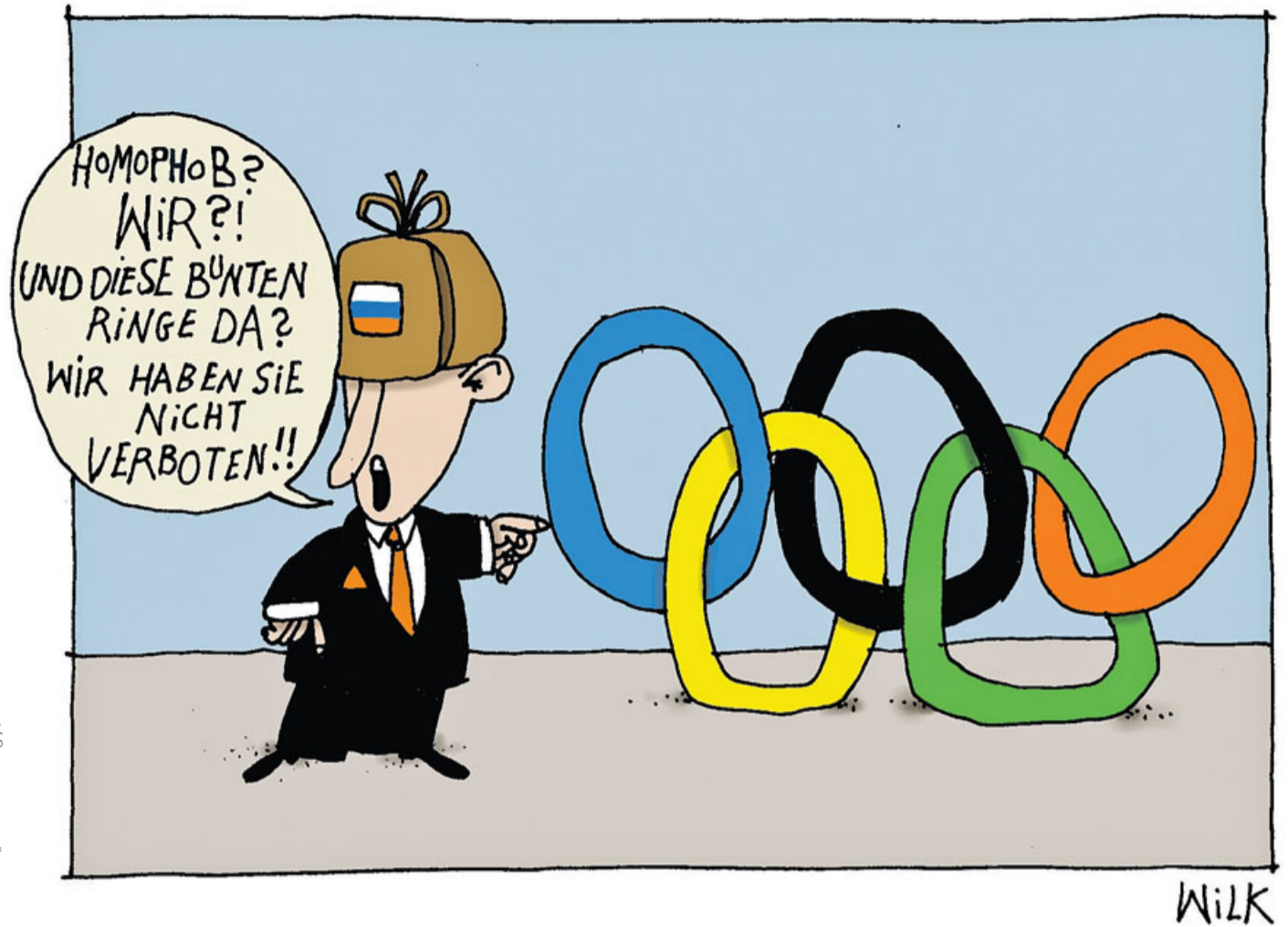
von  
Reinhard  
Göweil

## Publikumsbeschimpfung

Die mutigste politische Entscheidung fiel nicht in Waidhofen an der Ybbs, sondern in Wien: Alle im Parlament vertretenen Parteien haben sich für die „große Lösung“ beim dringend notwendigen Umbau des Hohen Hauses ausgesprochen. Das ist aus zwei Gründen richtig: Das Gebäude am Ring ist Symbol für die Demokratie im Land, und bröckelnde Symbole haben einen schlechten Einfluss auf das, was sie symbolisieren. Zweitens ist es mittelfristig billiger. Eine zierliche Teil-Renovierung käme am Ende teurer. Diesen Mut haben viele der Regierung bei ihrer Klausur abgesprochen. Die Opposition sowieso, aber auch der Wirtschaftskammer-Chef, der ÖGB-Präsident und der oberste Vertreter der Industrie. Auch der Arbeiterkammer-Präsident dürfte nicht gänzlich zufrieden sein, seine Forderung nach einem Paket für leistbares Wohnen blieb in Waidhofen vorerst ungehört. Nun ist das Bashing einer mutlosen Regierung fast schon en vogue geworden – jeder tut das. Zeit also für eine Publikumsbeschimpfung. In allen Umfragen vor der Wahl war als Koalitionsvariante die Paarung SPÖ und ÖVP unangefochten auf Platz eins. Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ mögen demnach die Österreicher nicht so gern, selbst wenn die Partei nun von der Selbstzerstörung des Team Stronach profitiert. Wer schimpft, der kauft – der alte Spruch trifft auch auf die überwiegende Mehrzahl der Österreicher zu. Denn Hand aufs Herz: Vorsichtig tastend vorwärts – das ist den meisten die liebste Gangart. Das „vielleicht“ kommt öfter vor als ja und nein (zusammen); das Gulasch wird nicht allzu stark gewürzt; und im Ernstfall sind wir nicht dabei gewesen. Das Augenzwinkern hat im geschäftlichen Leben fast dieselbe Bedeutung wie die Qualität des Produktes – gut für die wirtschaftlichen Erfolge in Osteuropa. Gesetze werden gerne so lange ausgelegt, bis vom Sinn derselben wenig übrig bleibt, manchmal bedeutet schon die dazugehörige ministerielle Verordnung das Gegenteil. In diesem diffusen Teich schwimmen die Österreicher und haben mehr oder weniger gelernt, dabei keine Wellen zu verursachen. Die Schwarzen sind a „Waunsinn“, und die Roten „bringen nix z'samm“, aber die Regierung sollen sie – bitteschön – bilden. Nun, das taten und tun sie. Das Publikum möge daher mit der Kritik an Klausur und Regierung typisch österreichisch umgehen: vorsichtig und im Konjunktiv.

leitartikel@wienerzeitung.at

## Russische Regenbogenparade



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Jacek Wilk

Wilk

## Zitate zum Tag

„Die Olympischen Spiele sind eine Sportveranstaltung und kein politisches Unternehmen. Ich werde nach Sotschi fahren, weil mich unser Olympisches Komitee und Tschechiens Sportunion eingeladen haben. Ich werde hinfahren, um unsere Sportler zu unterstützen.“

**Tschechiens Präsident Milos Zeman wird Sotschi nicht wie andere Politiker boykottieren**

„Wer als Investor aus dem Projekt aussteigen will, kann gleich das Land verlassen.“

**Journalist Maxim Towkajo über Oligarchen, die von Präsident Wladimir Putin für Olympia in Sotschi eingespannt werden**

„Gerade bei Akademikerinnen ist das bürgerliche Ideal von der Frau, die es nicht nötig hat zu arbeiten, erstaunlich

weit verbreitet. Viele Mütter geben sich mit geringeren Gehältern zufrieden und bedenken nicht, dass diese Lücke durch Teilzeitjobs immer größer wird.“

**Forschungsdirektorin Christina Boll vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut über Frauen, die ihrer Meinung nach zu lange in Teilzeit arbeiten**

„In der DDR habe ich 20 Prozent Steuern gezahlt, dann kam der Westen und es wurde kompliziert. Am Ende des Jahres wundere ich mich immer noch, dass ich Steuern zu bezahlen habe. Dieses ewige Antanzen beim Finanzamt – ständig muss ich um Stundung der Raten bitten – ich bin da einfach sehr, sehr unfähig. Aber dafür bin ich der ideale Konsument. Ich bin so leicht verführbar.“

**Regisseur Leander Haußmann**

„Ich hatte schon zu Jugendzeiten in der DDR einen großen Traum: Ich wollte reich werden. Ich wusste: Berühmt und reich, das könnte kompatibel sein.“

**Derselbe**

„Gerne will ich den Papst in seinem Anliegen unterstützen, dass die Vatikanbank ihren ursprünglichen Zweck erfüllt und dem Auftrag der Kirche dient. Dafür müssen störende Elemente beseitigt werden.“

**Wiens Erzbischof Christoph Schönborn wurde in die Aufsicht der Vatikanbank berufen**

„Ich habe meiner überraschenden Ernennung zugestimmt, weil es darum geht, den Papst in seinen Bemühungen zur Reform der Kurie und Erneuerung der Kirche zu unterstützen.“

**Derselbe**

## Gastkommentar von Ingrid Thurner

## Frisst die Revolution ihre Kinder?

Beim Verfassungsreferendum in Ägypten bedeuten viele Teilnehmer zugleich eine Absage an die gemäßigt religiösen Kräfte und an die Muslimbrüder.

Es ist ein halbes Jahr vergangen, seit das Militär in Ägypten die demokratisch legitimierten Institutionen hinweggeputscht hat, anstatt sie vom unzufriedenen Stimmvolk abwählen zu lassen. Die gegenwärtige Regierung von Übergangspräsident Hasim al-Beblawi, so verschieden sie ideologisch von ihrer Vorgängerin sein mag, bedient sich machtpolitisch der gleichen Strategien: Oppositionelle werden nicht eingebunden, sondern kriminalisiert. Bloß ist sie darin effizienter als Mohammed Mursis Chaosstruppe, schließlich übt sich das Militär seit Gamal Abdel Nasser, Anwar as-Sadat und Hosni Mubarak in den Mechanismen der Unterdrückung und im Schaffen von Loyalitäten durch Vergabe von Privilegien. Heute gibt es Hotlines, bei denen man Leute als Muslimbrüder denun-

zieren kann. Bewegliches und unbewegliches Eigentum von Muslimbrüdern wird konfisziert. Unliebsame Reporter werden verhaftet. Schiiten werden systematisch diskriminiert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen eine Stoffpuppe, die terroristischer Aktivitäten verdächtig ist. So lauten die jüngsten alarmierenden bis skurrilen Schlagzeilen. Nahezu täglich gibt es jetzt Scharmützel zwischen Sicherheitskräften und Oppositionellen. Manchmal artet sie aus in ein Gemetzel. Propaganda gegen das Verfassungsreferendum wurde mit Verhaftungen geahndet. Dass der Entwurf von den Wahlberechtigten mehrheitlich abgelehnt wird, ist ausgeschlossen. Die einzige Form des Protestes, die ihnen bleibt, besteht darin, nicht zur Abstimmung zu gehen. Deswegen



Ingrid Thurner ist Ethnologin, Lehrbeauftragte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und Mitglied der Initiative Teilnehmende Medienbeobachtung.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: [www.wienerzeitung.at/gastkommentare](http://www.wienerzeitung.at/gastkommentare)

haben die Muslimbrüder ihre Anhänger zum Boykott aufgefordert. Die Übergangsregierung scheint auch Bürgerkrieg als konstruktives Mittel des Machterhalts anzudenken, wohl in der Überzeugung, mit US-Kriegsgerät und Saudi-Milliarden unter den Gegnern rasch aufräumen zu können. Die einen erschießt man gleich auf offener Straße, die anderen steckt man ins Gefängnis, wo ihre Anführer schon sind. So hofft man, den Status quo vor der Revolution rasch wiederherzustellen. Dann arrangiert man sich mit den Liberalen und für die Demokratie-Anhänger, die sich irgendwann auch wieder zu Wort melden werden, organisiert man ab und zu Scheinwahlen. Und man vergisst nicht die Christen: So besuchte Anfang Jänner Interimspräsident Adli Mansur den koptischen Patriarchen Tawadros II.,

was zuletzt Präsident Nasser vor mehr als 40 Jahren tat. In Kairo herrscht eine Militärdiktatur, die sich dermaßen fest im Sattel wähnt, dass sie all diese die Menschenwürde und -rechte mit Füßen tretenden Maßnahmen offen setzen kann. Und die benachbarten Rechtsstaaten schauen zu oder weg. Ist also nichts anders als unter Mubarak? Eines schon. Die Männer und Frauen auf der Straße wissen nun, dass es möglich ist, eine Revolution zu inszenieren und eine Regierung samt ihrem Pharao zu stürzen. Eines Tages, wenn der Leidensdruck zu groß geworden ist, könnten sie sich drauf besinnen. Eines Tages werden sie es schaffen, sich zu organisieren, die Kräfte zu bündeln und vereint gegen die Diktatur und ihre Begleiterscheinungen aufzustehen.